



# Kandidatur unterstützen

**Die FRIEDENSZEITUNG-Serie  
zur Sicherheitsratskandidatur – Teil 4**

Wird die Schweiz in zwei Jahren erstmals Mitglied des UNO-Sicherheitsrates? Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat seinerzeit eine Kandidatur des Landes eingeleitet, um für die Jahre 2023/24 einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erlangen. Welche Rolle spielt und welche Aufgaben hat der Sicherheitsrat, welche Bedeutung hat eine Mitgliedschaft und welche Chancen ergeben sich aus einer solchen für die Schweizer Friedenspolitik? Wir gingen im letzten Jahr in einer Serie diesen Fragen nach.

Im ersten Teil in der März-Ausgabe lieferten wir Grundlagen zum wichtigsten Friedens- und Sicherheitsgremium der Welt von Markus Heiniger. In der Juni-Nummer brachten wir eine Übersicht über die aktuelle Lage der UNO, über ihre eklatanten Schwierigkeiten, aber auch über ihre anhaltende Bedeutung für den Weltfrieden.

In der Dezember-Ausgabe haben wir im Interview mit Pascale Baeriswyl, der neuen UNO-Botschafterin der Schweiz in New York, die Schwerpunkte der Schweizer Politik am East River sowie die Schweizer Kandidatur für den Sicherheitsrat beleuchtet.

In dieser Ausgabe berichtet Markus Heiniger über die NGO-Arbeitsgruppe zur Unterstützung und Mitgestaltung der Sicherheitsratskandidatur und der Einsitznahme im UNO-Gremium. Der Autor und langjährige SFR-Mitarbeiter befasst sich ausserdem mit der offiziellen Kampagne «A plus for peace» und beleuchtet Erfahrungen von neutralen Staaten im Sicherheitsrat.

**Schweizer Hilfswerke, Wissenschaftskreise, aussenpolitische NGOs und Friedensorganisationen unterstützen die Kandidatur unseres Landes für den UNO-Sicherheitsrat, wobei sie ihre eigenen Vorstellungen über die Politik der Schweiz im UNO-Gremium einbringen werden. Sie haben eine Arbeitsgruppe zur Unterstützung und Mitgestaltung der Kandidatur gebildet. In diesem Teil unserer Serie berichten wir über deren Arbeit sowie über die Kampagne des EDA «A plus for peace», ergänzt um die Erfahrungen von neutralen Staaten im Sicherheitsrat.**

*/ Markus Heiniger /*

Wenn man sich in New York umhört, stellt man fest, dass die Schweizer UNO-Politik einen guten bis sehr guten Ruf geniesst. Tatsächlich verfolgt die Schweiz grosso modo eine gute Politik in der UNO, wie dies etwa auch im Interview mit Pascale Baeriswyl, der Schweizer Missionschefin bei der UNO, in der letzten **FRIEDENSZEITUNG** zum Ausdruck kam. Die Kampagne um die Stimmen der Mitgliedstaaten für die Schweizer Sicherheitsratskandidatur, deren Schlussphase im September 2020 unter dem Motto «A plus for peace» lanciert wurde (vgl. Seite 10), ist entsprechend gut unterwegs. Falls nicht ganz Unerwartetes mehr geschieht, wird die Schweiz mit grosser Wahrscheinlichkeit im Juni 2022 für die Periode 2023/2024 gewählt werden.

**Überwindung verbreiteter Skepsis**

Einen Gegensatz dazu bildet die Lücke Aussenpolitik/Innenpolitik, denn einer breiteren Bevölkerung ist die Arbeit der UNO und die UNO-Politik der Schweiz nicht wirklich bekannt. Es gelingt darum konservativen Kräften in den Medien immer noch viel zu leicht, mit dem Hinweis auf die angebliche Unverträglichkeit der Neutralität mit der Sicherheitsratsmitgliedschaft Letztere als Gefahr für die Schweiz hinzustellen. Das Beispiel der anderen neutralen Staaten im Sicherheitsrat zeigt zwar, dass dies nicht stimmt. Aber auch wenn das Parlament die Kandidatur gegenüber Vorstössen von rechts verschiedentlich unterstützt hat, bleibt

es eine Tatsache, dass der Informationsgrad in der Bevölkerung recht klein, die Skepsis jedoch ziemlich verbreitet ist, zum Teil auch in sonst nicht konservativ orientierten Kreisen. Dies ist für eine friedens- und menschenrechtsorientierte sowie multilateral ausgerichtete Schweizer Aussenpolitik ein Problem.

**Innenpolitische Abstützung zentral**

Die Sicherheitsratskandidatur kann durchaus als Chance gesehen werden, das Aufmerksamkeitsfenster für UNO-Belange, das sich in den Schweizer Medien und der Politik öffnen wird, zu nutzen. Statt über das Scheinproblem der Neutralitätsgefährdung sollte die Grundfrage, wie die Schweiz in der UNO für Frieden, Menschenrechte und globale Sicherheit (auch die eigene) am besten nützlich sein kann, das Narrativ in der öffentlichen Diskussion werden.

Die innenpolitische Abstützung ist aber auch für die Schweizer Regierung für die kommende Politik im Sicherheitsrat zentral, sonst werden bei den kleinsten Problemen im Rat die konservativen Stimmen nicht nur die Stimmung in der Schweiz weiterhin dominieren, sondern, wenn die Basis zu Hause nicht mitmacht, auch die Handlungsmöglichkeiten des aussenpolitischen Departementes EDA in New York schmaler sein.

Sogar Jenö Staehelin, Anfang des 21. Jahrhunderts der erste Schweizer Missionschef gegenüber der UNO, der der UNO sehr positiv gegenübersteht, aber die Risiken einer Sicherheitsratsmitgliedschaft hervorhebt, betonte kürzlich in der NZZ, dass die Neutralität für die reale Politik der Schweiz in der UNO kein Hinderungsgrund sei, sich aktiv zu verhalten. «Wegen der Neutralität? Das ist nicht das Problem. Wenn die Schweiz gewählt wird, wird sie als neutraler Staat gewählt.» In der Schweiz sei aber noch viel an Aufklärungsarbeit zu tun: «Ein Sitz im Sicherheitsrat ist riskant; es sei denn, er ist innenpolitisch sehr breit abgestützt» (NZZ 17.9.2020).

**NGO-Arbeitsgruppe gegründet**

In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass das EDA positiv auf das unterstützende Statement von Schwei-



# n und mitgestalten

zer Hilfswerken, NGOs und Wissenschaftsakteuren zur Schweizer Kandidatur vom letzten September reagiert hat. Bereits im September 2020 haben sich 18 namhafte Schweizer NGOs und Hilfswerke zusammengefunden und eine Erklärung zur «Unterstützung und Mitgestaltung der Sicherheitsratskandidatur der Schweiz» unterzeichnet (vgl. Kasten mit der Erklärung im Wortlaut).

Diese Gruppe, inzwischen Arbeitsgruppe Unterstützung und Mitgestaltung Sicherheitsratskandidatur genannt, wird von der Gesellschaft Schweiz-UNO (GSUN) im Rahmen ihres Netzwerks Multilateralismus koordiniert (die GSUN wird seit Langem vom EDA unterstützt). Bundesrat Ignazio Cassis hat die Erklä-

zung der 18 NGOs in einem Brief vom 28. September 2020 positiv aufgenommen: «Ich begrüsse diese Dialogofferte und wertvolle Unterstützung. Die Erfahrung und Expertise der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft sind für die angestrebte Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat wichtig. Die Zusammenarbeit mit in der Schweizer Bevölkerung gut verankerten Organisationen stärkt auch das Verständnis für die Kandidatur und die aussenpolitische Arbeit sowie unseren Einsatz in der UNO.»

### Kanal für strukturierten Dialog

Eine Umfrage unter den Unterzeichnern der Erklärung zu den Schwerpunktsetzungen der Arbeit wurde im Dezem-

ber/Januar durchgeführt, 16 von ihnen beteiligten sich. Die Austauschfunktion zum EDA, die Sichtbarmachung des Themas bei der Bevölkerung, aber auch die gegenseitige Vernetzung und Unterstützung stehen im Vordergrund. Thematisch sind alle am Frieden (Peacemaking, Peacekeeping, Peacebuilding, Conflict Prevention) interessiert. Menschenrechte, Völkerrecht, Klimasicherheit, Frauen/Frieden und weitere Bereiche sind ebenfalls für viele wichtig, wie auch die UNO-Belange insgesamt.

Am 28. Januar 2021 fand ein erstes formelles Meeting zwischen der Abteilung Vereinte Nationen und Internationale Organisationen des EDA und einem Ausschuss der Sicherheitsrats-Arbeitsgruppe statt. Das EDA interessiert sich insbeson-

Fortsetzung Seite 12

## «Ein Plus für den Frieden»

### Zivilgesellschaft und Wissenschaft unterstützen die Schweizer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat – und wollen mitgestalten

Die Schweizer Kampagne für die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UNO 2023/2024 läuft. Auch die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft, darunter insbesondere NGOs, verfügen über wertvolle Erfahrung und Expertise zu den im Sicherheitsrat behandelten Konflikten und Themen. Deshalb müssen ihre Anliegen in die Politik der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat einbezogen werden. Vor diesem Hintergrund hat sich eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen Ende Mai 2020 zu einer Aussprache zur schweizerischen Kandidatur getroffen.

Die entsprechenden Organisationen begrüßen den Entscheid der Schweiz, zum Ende des zweiten Jahrzehnts ihrer UNO-Mitgliedschaft den Einsitz in dieses zentrale Gremium anzustreben. Der Sicherheitsrat ist das weltweit für Frieden und Sicherheit zuständige Organ der UNO – des wichtigsten multilateralen Zusammenschlusses der Staatengemeinschaft. Die fünf ständigen und die zehn je auf zwei Jahre gewählten nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates debattieren fast täglich und entscheiden zu friedens- und sicherheitspolitischen

Konfliktfällen, aber auch zu Menschenrechten, Klimaproblemen, humanitären Fragen, zu Frauen/Frieden, Sicherheit und weiteren aktuellen globalen Herausforderungen.

Als nächster Schritt wird die Bildung einer zivilgesellschaftlichen Arbeitsgruppe zur Begleitung der Schweizer Sicherheitsratskandidatur angestrebt. Ziel soll es sein, eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat aus der Bevölkerung heraus konstruktiv, aber auch kritisch zu unterstützen. Sie wird die Bewusstseins-, Informations-, Dialog-, und Öffentlichkeitsarbeit über die UNO, den Sicherheitsrat und die Rolle der Schweiz fördern. So ist es beispielsweise in der Bevölkerung noch wenig bekannt, dass auch die nichtständigen Mitglieder im Sicherheitsrat einiges erreichen können.

Der seit einigen Jahren erreichte humanitäre Zugang im Syrienkrieg, in gewissen Fällen die medizinische Versorgung in Konflikten oder aktuell die Traktandierung der Herausforderungen in Zusammenhang mit Covid-19 und dessen globale Folgen etwa sind das Verdienst von nichtständigen Sicherheitsratsmitgliedern. Auch wenn derzeit die

Vetomächte, d.h. die fünf ständigen Mitglieder, den Sicherheitsrat gelegentlich lähmen, ist es wichtig, dass die Schweiz ihr aktives UNO-Engagement aufrechterhält und nun auch im Sicherheitsrat Verantwortung übernimmt. Denn für multilaterale Lösungsansätze für globale Probleme – ein Gebot der Stunde angesichts wachsender Nationalismen – bleibt die UNO die zentrale Anlaufstelle.

Diese Initiative von aussenpolitisch-, friedens- und menschenrechtsorientierten zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren ist im Einklang mit der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung: Laut der ETH-Umfrage «Sicherheit 2019» wünscht sich eine solche Mehrheit ein verstärktes multilaterales Engagement der Schweiz, u.a. auch im Rahmen der UNO, und unterstützt deren Kandidatur für den Sicherheitsrat.

### Die Unterzeichner, 11. September 2020

Alliance Sud, foraus – Schweizer Think Tank zur Aussenpolitik, Gesellschaft für bedrohte Völker, Gesellschaft Schweiz-UNO (GSUN), Greenpeace Schweiz, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), Helvetas, humanrights.ch, Int. Versöhnungsbund Schweiz (IFOR-MIR), Lucerne initiative for peace and security (LIPS), Medicus Mundi Schweiz, Mission 21, Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Schweiz. Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA-ASPE), Schweiz. Friedensrat (SFR), Schweizer Plattform für Friedensförderung (KOFF), Stiftung für integrale Friedensförderung, Swisspeace – Schweiz. Friedensstiftung, United Nations Youth Association Switzerland (UNYA), Youthreps.



Fortsetzung von Seite 11

dere für den Informationsaustausch über die Kandidatur und Mitgliedschaft, für die Expertise von Zivilgesellschaft und Akademie und die innenpolitische Verankerung. Die Arbeitsgruppe bietet dem EDA einen Kanal für den strukturieren Dialog mit der Zivilgesellschaft/Wissenschaft an, via GSUN als Schnittstelle.

### Komplexe Arbeit

Das EDA möchte eine formalisierte institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe. Es wird gegenwärtig gemeinsam ein Arbeitsplan für diese Kooperation ausgearbeitet. Es sollen zwei bis drei offizielle Meetings pro Jahr stattfinden. Diese sind für Organisationen der Zivilgesellschaft offen. Dabei

werden je spezifische Themen bezüglich der Sicherheitsratskandidatur bzw. -Einsitznahme im Rat diskutiert. Das Kick-off-Meeting wird im Juni 2021 stattfinden. Spezialprojekte können ebenfalls unterstützt werden, so wird etwa erwo-gen, eine Studie zum Einbezug der Zivilgesellschaft während der Sicherheitsratsmitgliedschaft anderer Länder (z.B. Schweden, Norwegen, Irland, Deutschland, Österreich, Belgien, Neuseeland) in Auftrag zu geben.

Die Arbeitsgruppe Unterstützung und Mitgestaltung Sicherheitsratskandidatur traf sich erneut am 18. Februar. Die Ergebnisse des Treffens vom 28. Januar mit dem EDA wurden begrüsst. Es zeigte sich, dass die grundsätzliche Stossrichtung, wie in der Erklärung vom September 2020 ausgedrückt, weiterhin allgemein geteilt wird. Für vielfältige Kompetenzen und Erfahrungen ist aber gesorgt: Die Organisationen haben gemäss ihres Hinter-

grundes unterschiedliche Interessen im Einzelnen, was sie bezüglich der Aktionen der Schweiz während Sicherheitsratskandidatur und Einsitznahme beitragen und erreichen möchten.

Als gemeinsamer Nenner gilt, einen Austauschkanal gegenüber dem EDA und den Stimmen der Zivilgesellschaft zu gestalten. Der Arbeitsplan mit dem EDA wird gegenwärtig erarbeitet und bald in der Arbeitsgruppe konsultiert. Weiter wurde vereinbart, dass die Arbeitsgruppe sich etwa dreimal jährlich trifft. Im Weiteren sollen Weiterbildungen zu UNO-Themen und Treffen mit ExpertInnen organisiert werden (bisher mit Jürg Lauber, dem EDA-Vertreter in Genf, und UNO-Missionschefin Pascale Baeriswyl). Denn die Sicherheitsrats-Arbeit ist komplex, sie zu verfolgen und kompetent Stellung zu nehmen, ist nicht einfach.

## «A plus for peace»: Wie um die Stimmen der UNO-Mitgliedländer geworben wird

Die Schlussphase der Kampagne der Schweizer Kandidatur ist Ende Oktober letzten Jahres in New York mit der Vorstellung der Schweizer Kampagne «A plus for peace» gestartet. Sie richtet sich primär an die UNO-Mitgliedsländer, die im Juni 2022 die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates für die Periode 2023/2024 wählen werden. Seit-her hat sich die Kommunikation seitens des EDA über die Kandidatur verbessert, sowohl auf der EDA-Website wie insbesondere mit der international ausgerichteten «A plus for peace»-Website, deren Inhalt auch als Broschüre (englisch und französisch) verfügbar ist.

### EDA-Website zur Kandidatur

Auf der Website und der zugehörigen Broschüre ist das «Plus der Schweiz» in fünf Bereichen skizziert: So sei es ein Plus «for Peace», «for Humanity», «for Sustainable development», for «Multilateralism» und «for Innovation». Alle möglichen positiven Werte kommen vor, für welche die Schweiz auch im Sicherheitsrat stehen wolle. Fürs Schweizer Publikum wird darauf hingewiesen, dass allem die aussenpolitische Strategie 2020–2023 des Bundesrates zugrunde liegt. Der ganze Auftritt ist naturgemäss ein Werbeauf-

tritt und stellt die Schweiz ausnahmslos in einem positiven Licht dar.

Wertvoll, auch für Web-LeserInnen aus der Schweiz, ist andererseits, dass auf dieser Website Schweizer Statements vor dem Sicherheitsrat zugänglich gemacht werden, zuletzt etwa dasjenige vom Februar 2021 zur Covid-19-Krise in konfliktbetroffenen Kontexten, das auch die wichtige Forderung enthält, dem Appell des UNO-Generalsekretärs vom März 2020 Beachtung zu verschaffen, (mindest-

tens) einen Waffenstillstand in laufenden kriegerischen Konflikten umzusetzen und allen Betroffenen (auch dem humanitären Personal) Zugang zu medizinischer Betreuung und Impfung zu ermöglichen. «A plus for peace» verweist auch auf die internationale Zusammenarbeit, die zivile Friedensförderung und die humanitäre Hilfe der Schweiz, die tatsächlich mehrheitlich als echte Plusfaktoren bezeichnet werden können.

### Offensichtliche Widersprüche

In der Realität bestehen aber friedenspolitisch gesehen auch relevante Unterschiede zum «Plus for peace»-Auftritt. Es gibt offensichtliche wie die anhaltende Waffenausfuhr in Bürgerkriegsländer. Auch dass die Schweiz eine Nichtunterzeichnung des UNO-Atomwaffenverbotsvertrags, trotz positiver Meinungs- äusserung des Parlaments, als Plus für den Frieden bezeichnet, bleibt weiterhin unverständlich.

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz hat kürzlich seinerseits betont, es sei ein «Grund zum Feiern», dass der Vertrag den Atomwaffeneinsatz tabuisiere, eine Rechtslücke fülle und eine Hemmschwelle für deren weitere Verbreitung aufstelle





(NZZ 12.2.2021). Die Schwächung des UNO-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge UNRWA ohne, wie sich nun herausstellt, substantielle Gründe und Fakten, indem Vorwürfe gegen den schweizerischen Leiter dieser Behörde übernommen wurden (de facto muss alles zurückgenommen werden), wirkt eher peinlich für das «Plus for Humanity».

#### Untergeordnetes Ziel 16

Auch bezüglich dem «Plus for Sustainable development» ist nicht alles in bester Ordnung, wie der Entwurf der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 der Schweiz (SNE) zeigt. Die namhaften Schweizer Hilfswerke und die NGO-Allianzen kritisieren den Entwurf als viel zu wenig weitgehend. So könne die Schweiz ihre Hausaufgaben, ihren Beitrag an die Agenda zu Hause, nicht erfüllen.

Aus Sicht der Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF etwa «ist dabei die untergeordnete Rolle des Zieles 16 der Agenda 2030 zu «Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen» besonders erstaunlich. Dies nicht nur, weil es bei der Umsetzung von Ziel 16 durch die Schweiz durchaus Handlungsbedarf gibt und sich hier die Frage nach einer Kohärenz ihrer Politik ganz be-

sonders stellt, sondern auch, weil sich die Schweiz in den Verhandlungen zur Agenda 2030 und auch danach stets für dieses Ziel stark gemacht hat (z.B. mit ihrer entsprechenden Pathfinder-Initiative oder in der Strategie für die internationale Zusammenarbeit 2021–2024) und hier auch einen besonders relevanten Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 leisten kann. Das Engagement der Schweiz für Frieden und Gerechtigkeit soll in der SNE seinen berechtigten Platz erhalten.»

Das KOFF schlägt daher an verschiedenen Stellen Zielformulierungen vor, mit denen das Ziel 16 zu «Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen» und seine entsprechenden Unterziele in der SNE gestärkt werden können.

«A plus for peace» – dass das EDA von der Frage auszugehen scheint, wie die Schweiz für den Weltfrieden nützlich sein kann, ist friedenspolitisch gesehen eine erfreuliche Perspektive. Dass sie aber jetzt schon fraglos als ein «Plus für den Frieden in jedem Fall» präsentiert wird, ist übertrieben. Damit der Slogan nicht als etwas gar vollmundig aufgenommen wird, sollte die Schweiz friedenspolitisch entschiedener und kohärenter agieren.

*Auf den nächsten Seiten: Die Arbeit neutraler Staaten im Sicherheitsrat.*

## Abonnieren Sie den Newsletter des SFR

Seit einiger Zeit versenden wir unseren elektronischen Newsletter an interessierte Abonentinnen und Abonnenten, uns nahestehende Organisationen sowie Medien. Er erscheint viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG**. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe machen wir auch auf interessante Veranstaltungen und Themen, die uns am Herzen liegen, aufmerksam.

Der Newsletter hat ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne allen Interessierten zustellen. Wenn Sie ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse. Sie wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neuste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können. *Bestellungen an [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch)*

## Neutrale Staaten: mitmachen lohnt sich

Anlässlich des Tags der UNO sprachen am 24. Oktober 2020 an einer von der Gesellschaft Schweiz-UNO organisierten virtuellen Tagung Vertreter Österreichs, Finnlands und Schwedens – bezüglich ihres Profils ähnliche Staaten wie die Schweiz – über ihre Erfahrungen im Sicherheitsrat. Sie zeigten auf, dass die Neutralität kein Grund dafür ist, nicht im UNO-Sicherheitsrat mitzumachen, ganz im Gegenteil.

Österreich war bereits dreimal im Sicherheitsrat. Thomas Mayr-Harting war ständiger Vertreter Österreichs bei der UNO in New York, als Österreich 2009/2010 Mitglied im Sicherheitsrat war. Er führte u.a. aus, dass es zwischen dem Rechtsbrecher und dem Opfer keine Neutralität im klassischen Sinn geben könne. Es gebe überdies in schwierigen Zeiten besondere Funktionen im Sicherheitsrat, die gerade von einem Land mit einem neutralen Profil wie Österreich oder der Schweiz Erfolg versprechend wahrgenommen werden können und müssen. Die Erfahrung im Sicherheitsrat war, wie bereits seit den Irak-Sanktionen von 1990, dass die völkerrechtlichen Verpflichtungen bei eindeutigen UNO-

schlüssen relevanter als neutralitätsrechtliche Erwägungen waren.

### Vorbildliches Schweden

Finnland war zweimal Sicherheitsratsmitglied. Alpo Rusi, ehemaliger Senior Advisor des Präsidenten der UNO-Generalversammlung, führte aus, wie sich das Land aus seiner etwas fragilen geografischen Lage zwischen der Sowjetunion und dem Westen heraus durch aktives Mitmachen in der UNO eine stabilere positive Stellung und Rolle als neutrales Land erarbeitet hat, unter anderem durch den UNO-Beitritt, die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat (erstmalig 1969/70) und ein aktives Engagement an den friedenserhaltenden Massnahmen der UNO (Peacekeeping).

Schweden war 2017/2018 bereits zum vierten Mal Sicherheitsratsmitglied. Für Joakim Vaverka, heute stellvertretender Direktor des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI, früherer Leiter für politische Angelegenheiten an der Ständigen Vertretung Schwedens bei der UNO, war die ungebundene Rolle Schwedens ebenfalls keinerlei Hindernis für eine aktive Sicherheitsratspoli-

tik (Schweden bezeichnet sich seit 2002 nicht mehr als neutral, was wenig ändert, es gehört weiterhin keinem militärischen Bündnis an). Schwedens Mitgliedschaft gilt als vorbildlich. Auch in Schweden gab es einen strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft, wie er nun in der Schweiz angestrebt wird. In einem Bericht der schwedischen Regierung über die Mitgliedschaft wird unter anderem folgendes ausgeführt:

### Schwedische Sicherheitsratsbilanz

«Anfang Dezember 2016 legte Schweden ein Programm für die Mitgliedschaft vor. Das Programm basierte unter anderem auf Beiträgen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und von Experten sowie auf vorbereitenden Konsultationen mit anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Selbst in geopolitisch aufgeladenen Situationen konnte Schweden die Entscheidungsfindung des Rates beeinflussen. Schweden führte beispielsweise die Verhandlungen an, die sowohl 2017 als auch 2018 zu Vereinbarungen über grenzüberschreitende humanitäre Hilfe für Millionen von SyrierInnen führten.

Schweden drängte ausserdem auf eine Lösung des Konflikts im Jemen, was im Dezember 2018 zum Stockholmer Abkommen zwischen den Kriegsparteien beitrug. Ausserdem untersuchte Schweden die Bedingungen für die Aufnahme der Venezuela-Frage im Sicherheitsrat. Während der schwedischen Mitgliedschaft war die Opposition jedoch gross, auch von ansonsten gleichgesinnten Partnern in der Region, die es für kontraproduktiv hielten, Venezuelas Unterdrückung der Opposition im Sicherheitsrat zu behandeln.

Schweden hat sich auch dafür eingesetzt, die Gruppe der nichtständigen Mitglieder (Elected ten, E10) zu stärken. Ein wirksamer und legitimer Sicherheitsrat setzt nämlich voraus, dass die nichtständigen Mitglieder angemessen in die Beschlussfassung des Rates einbezogen werden. Die Möglichkeiten Schwedens, etwas zu verändern, waren auch mit der Stärkung der E10 verbunden. Daher wurden E10-Initiativen zu verschiedenen Themen ergriffen, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Arbeitsmethoden des Rates standen.

## Mit Einsatz in die Welt! Wie Michèle in Kenia.



## E-10: Die Gruppe der nichtständigen Sicherheitsratsmitglieder

Beim Austritt Schwedens aus dem Rat gab es eine verstärkte E10-Dynamik, die insbesondere die beitretenden Sicherheitsratsmitglieder Deutschland, Südafrika und Indonesien vertiefen wollten. Das Grundproblem, dass die ständigen Mitglieder (Permanent five, P5) sowohl formelle als auch informelle Instrumente besitzen, die zu ihrem Vorteil wirken, blieb jedoch bestehen.

Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit des Rates war der Austausch und die Verankerung mit der Zivilgesellschaft. Wichtige Einblicke wurden bei regelmäßigen Dialogsitzungen im schwedischen Außenministerium und in New York sowie durch den Dialog mit der Zivilgesellschaft in den Ländern auf der Tagesordnung des Rates gewonnen. Der schwedische Reichstag wurde durch monatliche Unterrichtungen im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten auf dem Laufenden gehalten.»

### Dialog mit der Zivilgesellschaft

Der Bericht führt auch aus, dass Schweden eine systematische Qualitätskontrolle bezüglich Völkerrechtskonformität aller Statements Schwedens, aber vor allem des Sicherheitsrates insgesamt durchführte. Dabei wurde darauf geachtet, dass neue Beschlüsse keinerlei Widersprüche zu früheren und zur Charta enthalten, was keineswegs automatisch erreicht wird. Die Thematik Klima und Sicherheit/Frieden, gegen deren Behandlung im Sicherheitsrat diverse Mitglieder Vorbehalte haben, wurde über die sowieso stattfindenden Diskussionen zu regionalen Konflikten (z.B. Tschadsee) eingeführt.

Der Bericht führt weiter aus: «Während der Mitgliedschaft fand ein regelmäßiger Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft statt. Treffen wurden im schwedischen Außenministerium in Stockholm und in der UNO-Vertretung Schwedens in New York organisiert. Dies war ein wichtiger Teil der Arbeiten zur Erhöhung der Transparenz und eine Möglichkeit, das Wissen der Öffentlichkeit über die Vereinten Nationen und den Sicherheitsrat zu schärfen.

Neben dem laufenden Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft richtete die Außenministerin einen sogenannten Referenzrat für die Mitgliedschaft Schwedens im Sicherheitsrat ein. Ziel des Referenzrates war es, Vertreter auf Expertenebene aus Wissenschaft,

# Macht und Ohnmacht der UNO

**Die UNO ist alles andere als perfekt, doch sie ist das Beste, was wir haben. Nach diesem Credo zeichnen die AutorInnen des neu erschienenen Buches «75 Jahre UNO – Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen» auf 336 Seiten ein schonungsloses Bild der UNO. In einer ehrlichen Bilanz stellen sie die Stärken und Schwächen der vermeintlich mächtigsten Organisation der Welt dar.**

Die Bilanz erstreckt sich von den Anfängen der UNO über ihre Erfolge und Rückschläge im Laufe der Jahrzehnte bis hin zu den dramatischen Ereignissen um die zur UNO gehörende Weltgesundheitsorganisation WHO im Jahr 2020. Die AutorInnen arbeiten sich bei ihrer Bilanz an einem breiten Themenspektrum ab: die Erklärung der Menschenrechte, Hunger und Elend, die Atompolitik, das militärische Wettrüsten und die weltweite Kriegsgefahr, die sich zuspitzende Auseinandersetzung zwischen China und den USA, die Rolle Europas und der NATO in der Weltpolitik, die Rettung der Umwelt und des Klimas, die Auswirkungen der globalen Digitalisierung, Nutzen und Schaden von Gesundheitsprogrammen für die Weltbevölkerung, globale Migration, internationale Gerichtsbarkeit und Gerechtigkeit, der Einfluss der Wirtschaft auf die Weltpo-

litik, der Kampf gegen das Coronavirus, die Verletzlichkeit unserer Welt.

Stets geht es dabei um die Frage nach der Haltung und dem Agieren der Vereinten Nationen. Die AutorInnen Andreas Dripke und Hang Nguyen sind Insider. Als BeraterInnen der Vereinten Nationen haben sie über viele Jahre hinweg intensive Gespräche mit hochrangigen RepräsentantInnen der UNO geführt, an zahlreichen UNO-Konferenzen teilgenommen und unzählige Dokumente in den teilweise für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Archiven der Vereinten Nationen gesichtet.

Weit über eine bloße Faktensammlung hinaus zeigen sie sorgfältig recherchierte und mit über 300 Quellenangaben dokumentierte Hintergründe auf. Sie helfen damit dem Leser, der Leserin, die Vereinten Nationen zwischen hoffnungslos überfordertem Bürokratiemonster und beinahe allmächtiger Weltregierung einzuordnen. Der Verlag hat sich zum Glück bewusst entschieden, das Werk erst nach Abschluss des 75-jährigen Jubiläumsjahrs der UNO herauszubringen, um die dramatischen Ereignisse des Jahres 2020 in vollem Umfang berücksichtigen zu können.

Andreas Dripke, Hang Nguyen: **75 Jahre UNO – Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen.** DC Publishing, Frankfurt 2021, 336 Seiten, Fr. 28.90.

Behörden und schwedischen Organisationen zusammenzubringen und die Diskussion über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der schwedischen UNO-Politik zu fördern, wobei der Sicherheitsrat und seine Tagesordnung im Mittelpunkt standen.

Dem Referenzrat gehörten 16 Mitglieder mit Perspektiven und Erfahrungen von der Dag Hammarskjöld-Stiftung, der Folke-Bernadotte-Akademie, der Verteidigungshochschule (Försvarshögskolan), der Stiftung Kvinna till Kvinna, der Universität Lund, dem Nordischen Afrikainstitut, der Organisation Save the Children, dem Roten Kreuz, dem Schwedischen Amt für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida), dem Stockholmer Um-

welthinstitut (SEI), dem Stockholmer Internationalen Wasserinstitut (SIWI), dem Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut (SIPRI), der Universität Stockholm, dem schwedischen UNO-Verband, der Universität Uppsala und dem Schwedischen Institut für Auswärtige Politik an. Im Rahmen des Referenzrates wurden beispielsweise die Arbeit zu Kindern und bewaffneten Konflikten, zu Frauen, Frieden und Sicherheit sowie zu Sanktionen erörtert.»

Websites: **UNO-Dossier des EDA:** [www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/dossiers/alle-dossiers/15-jahre-uno-mitgliedschaft-der-schweiz.html](http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/dossiers/alle-dossiers/15-jahre-uno-mitgliedschaft-der-schweiz.html).

**EDA – Candidature to the UN Security Council 2023/24:** [www.aplusforpeace.ch/switzerland-plus](http://www.aplusforpeace.ch/switzerland-plus)